

30.08.1950 . . . 02.01.1956

WIEDERBEWAFFNUNG DER BUNDESREPUBLIK

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten mehrere Ereignisse zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ost und West, unter anderem :

- 19.12.1946 Vietnam erklärt seiner 'Kolonialmacht' Frankreich den Krieg.
- 20.03.1948 Die Vertreter der UdSSR verlassen den Alliierten Kontrollrat in Berlin. Damit endet die vereinbarte gemeinsame Verwaltung der vier Besatzungszonen Deutschlands.
- 18.06.1948 Die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen teilt Deutschland in zwei unterschiedliche Wirtschaftsgebiete und führt zur Blockade Berlins.
- 04.04.1949 Gründung des Nordatlantikpakt (NATO) in Washington.
- 29.08.1949 Die UdSSR unternimmt ihren ersten Atombombenversuch und stellt damit die bis dahin bestehende militärische Übermacht der Westmächte in Frage.
- 01.10.1949 Nach dreijährigem Bürgerkrieg und der Flucht von Tsching Kai-schek nach Formosa ruft Mao Tse-Tung die 'Volksrepublik China' aus.
- 25.06.1950 Nordkoreanische Truppen fallen in Südkorea ein.

Nach dem Atombombenversuch der UdSSR und dem Sieg der Kommunisten in China löste insbesondere der Überfall der Nordkoreaner nicht nur in den USA einen Schock aus. Es wurde befürchtet, daß die Kommunisten weitere Länder überfallen könnten, auch in Europa, wo ja in Deutschland ähnliche Voraussetzungen wie in Korea bestanden. Die Planungen der NATO hatten ergeben, daß Westeuropa - wenn überhaupt - nur an der "Rheinlinie" verteidigt werden konnte und vor allem, daß die vorhandenen Armeen dafür nicht ausreichten. Der britische Premierminister Churchill schlug deshalb als Erster im März 1950 die Möglichkeit eines Beitrages der Bundesrepublik zur Verteidigung von Westeuropa vor.

*Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer übergab am **30.08.1950** den 'Hohen Kommissaren' der drei Westmächte ein Memorandum, in dem er eigenmächtig und ohne vorherige Konsultation der Regierung oder des Parlaments die Aufstellung einer deutschen "Polizeitruppe" vorschlug. Nachdem dann am 24. Oktober der französische Ministerpräsident René Pleven die Schaffung einer "Europäischen Armee" der sechs Montanunion-Staaten B, D, F, I, L und NL vorgeschlagen hatte, wurde in Bonn am 26.10. mit der 'Dienststelle Blank' die Vorstufe des Verteidigungsministeriums eröffnet und am 21. März 1951 der 'Bundesgrenzschutz' aufgestellt.*

*Entsprechend dem französischen Vorschlag wurden Pläne für eine "Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft" (EVG) ausgearbeitet, die ein deutsches Kontingent enthalten sollte. Diese Verträge wurden zwar am 27. Mai 1952 unterzeichnet, die französische Nationalversammlung verweigerte jedoch am 30. August 1954 deren Ratifizierung (im Gegenzug zu einer zuvor mit der UdSSR ausgehandelten, für Frankreich akzeptablen Beendigung des Indochinakrieges). Als Lösung blieb daraufhin nur die Aufnahme der Bundesrepublik am 9. Mai 1955 in die NATO und die Aufstellung der 'Bundeswehr' am **02.01.1956**, der am 21. Juli 1956 die Einführung der 'Allgemeinen Wehrpflicht' in der BRD (mit Ausnahme von Westberlin) folgte.*

* * * * *

Parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik erfolgten in der DDR ab 1952 die Aufstellung der 'Kasernierte Volkspolizei' und am 18.01.1956 der 'Nationalen Volksarmee'.